Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 11

Artikel: Ein afrikanisches Manifest wider die kommunistische Wirklichkeit

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076853

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

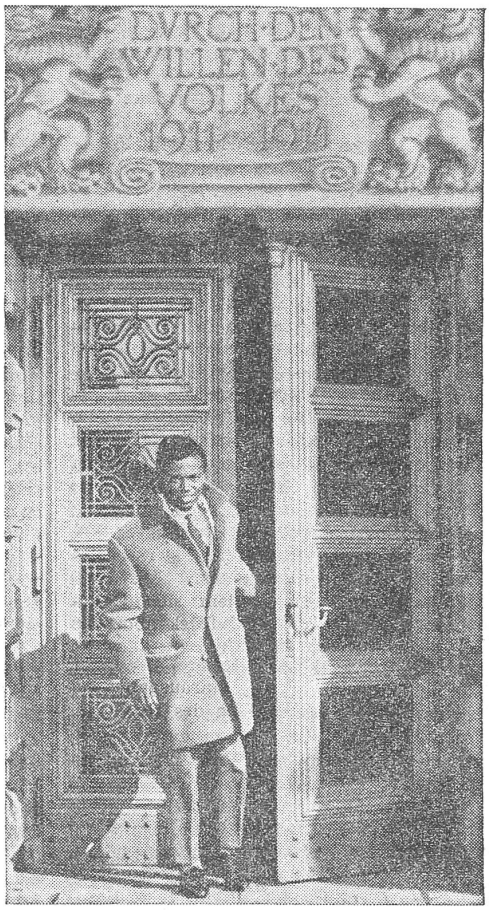
Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rassendiskriminierung in Bulgarien

Am Donnerstag, dem 21. Februar 1963, weigerte sich der nigerische Medizinstudent Daniel Ofarn, nach der Zwischenlandung einer tschechischen Verkehrsmaschine in Kloten, den Weiterflug nach Bamako, der Hauptstadt von Mali, anzutreten. Er bat um Erlaubnis, in der Schweiz bleiben zu dürfen, um hier sein Medizinstudium fortzusetzen.
Warum war Daniel Ofarn unterwegs nach Bamako, das wohl in Afrika, aber über 1000 Kilometer von seiner Heimat entfernt liegt? Wie kam er überhaupt in die tschechische Verkehrsmaschine?

Die erste Frage lässt sich nicht beantworten. Der Nigerier wollte nie nach Mali und weiss auch nicht, was er dort zu suchen hätte. Hinter der zweiten Frage steht im wahrsten Sinne des Wortes eine dramatische Irrfahrt eines jungen, nach Wissen und Können strebenden Afrikaners. Eine geographische und — was besonders bedeutsam ist— eine geistige Irrfahrt, die in der nigerischen Hauptstadt Lagos mit paradiesischen Vorstellungen über das Leben im Kommunismus begonnen hatte und mit der nüchternen Erkenntnis der kommunistischen Wirklichkeit in einer tschechischen Verkehrsmaschine endete. Der Afrikaner musste froh sein, dass er anstelle der versprochenen Freiheit, Freundschaft, Brüderlichkeit und Ausbildung noch ein Flugbillet erhielt, das ihm den Sprung zurück über den Eisernen Vorhang erlaubte. In wenigen Monaten hatte sich der klar geglaubte Inhalt nobler Begriffe für Daniel Ofarn in Sofia verfälscht: aus Freiheit wurde Unterdrückung, aus Freundschaft Feindschaft und aus Brüderlichkeit Rassendiskriminierung. Dafür wurde die Ankündigung der tschechischen Stewardess — «Schnallen Sie sich bitte an, wir landen in Zürich» — für ihn zum Symbol der Freiheit.



Daniel Ofarn aus Nigerien

Ende 1961 erhielt Daniel Ofarn, der im nigerischen Ministerium für Handel und Industrie als Inspektor für Exportprodukte arbeitete, durch seine Gewerkschaft ein Stipendium der bulgarischen Gewerkschaften zum Studium der Medizin in Sofia. Am 1. März 1962 traf er zusammen mit anderen Afrikanern in der bulgarischen Hauptstadt ein. Nach einem dreimonatigen Sprachkurs und ausgedehnten Hochschulferien konnte er im Herbst mit dem Medizinstudium beginnen. Zu jener Zeit hatte er längst erkannt, dass die propagierten paradiesischen Verhältnisse keineswegs der bulgarischen Wirklichkeit entsprachen. Er wusste bereits, dass das Volk in Not und Unterdrückung lebte. Er selbst war rassendiskriminierenden Massnahmen der Behörden ausgesetzt. Seine üblen Erfahrungen und diejenigen der über 300 Afrikaner in Sofia sind in nachfolgenden Bericht dargelegt. Dieser Bericht wurde von vier Afrikanern, dem ghanaischen Präsidenten und dem äthiopischen Vizepräsidenten der All-Afrikanischen-Studenten-Union in Sofia, einem Togolesen und unserem Nigerier, Daniel Ofarn (dem Schatzmeister der Organisation), in Prag verfasst, wo sie das weitere Geschehen abwarten mussten, nachdem sie zusammen mit drei anderen Afrikanern aus Sofia über Budapest und teils über Ostberlin in die tschechische Hauptstadt abgeschoben worden waren.

Daniel Ofran möchte — wie alle Afrikaner, die Sofia freiwillig oder gegen ihren Willen verlassen haben — im freien Westen weiterstudieren. Dieser Wunsch ist durchaus verständlich. Leider genügt aber seine Vorbildung kaum zu einem Medizinstudium in der Schweiz. Bei uns ist eben die politische Opportunität für die Aufnahme an einer Hochschule nicht massgebend, wie beispielsweise in Bulgarien und in anderen kommunistischen Ländern. Wir können und wollen es uns nicht leisten, sachliche Voraussetzungen, die für jedermann gelten, politischer Ziele wegen kurzerhand in den Wind zu schlagen.

Daniel Ofarn und allen anderen Afrikanern muss jedoch geholfen werden. Sie sollen im Westen ihre Chance erhalten. Eine Chance aber, die ihren menschlichen Qualitäten und Fähigkeiten angepasst und nicht auf politische Spekulation ausgerichtet ist. Ob Daniel Ofarn in der Schweiz bleibt oder in ein anderes westliches Land übersiedelt, um sich weiterzubilden, ist noch ungewiss. Jedenfalls bemühen sich die Schweizer Kontaktgruppe und andere Stellen, eine gute Lösung zu finden.

Walter Renschler

(Da wir dem folgenden Bericht eine dokumentarische Bedeutung beimessen, haben wir uns entschlossen, ihn ins Deutsche zu übertragen und unseren Lesern im Wortlaut zur Kenntnis zu bringen. Red. KB.)

Ein afrikanisches Manifest wider die kommunistische Wirklichkeit

Zu Beginn des akademischen Jahres 1961/1962 trafen viele afrikanische Studenten in Sofia ein, um dort zu studieren. Danach folgte eine Reihe von Missverständnissen zwischen den afrikanischen Studenten und der örtlichen Bevölkerung. In der weiteren Folge richteten sich immer mehr unerfreuliche Vorkommnisse seitens der örtlichen Bevölkerung gegen die Afrikaner.

Mehrmals appellierten wir an die bulgarische Regierung, damit sie Massnahmen ergreife, die eine Wiederholung dieser unerfreulichen Vorkommnisse verhindern und die Beziehungen zwischen den afrikanischen Studenten und der Bevölkerung verbessern sollten.

Die bulgarischen Behörden unternahmen jedoch nichts. Die Situation verschlechterte sich sogar und artete schliesslich in der «Schlacht von Tsutsuliga» vom 4. August 1962 aus, in der Bulgaren und einige ghanaische Studenten verwickelt waren und für die allein die örtliche Bevölkerung verantwortlich zu machen war. Die bulgarischen Behörden versuchten sich jedoch aus dieser unangenehmen Situation herauszureden, indem sie den ghanaischen Studenten die Schuld für den Zusammenstoss zuschoben und als imperialistische Agenten bezeichneten.

Im Hinblick auf diese ablehnende Haltung der bulgarischen Behörden gegenüber den afrikanischen Studenten, hielten wir afrikanische Studenten es für äusserst wünschenswert, eine afrikanische Studenten-Union in Bulgarien zu gründen, um

1. für das allgemeine Wohlbefinden der afrikanischen Studenten in Bulgarien zu sorgen;

2. die Beziehungen zwischen den afrikanischen Studenten und der bulgarischen Bevölkerung zu verbessern;

3. Bande der Freundschaft, Einigkeit und Solidarität unter den afrikanischen Studenten, die die potentiellen zukünftigen Führer ihrer Länder sind, zu knüpfen.

Unmittelbar nach den Ereignissen von Tsutsuliga übergab uns die bulgarische Regierung eine Einladung des Komitees afrikanischer Organisationen in London, die über die bulgarische Gesandtschaft in London an die afrikanischen Studenten in Bulgarien gerichtet war, und in der

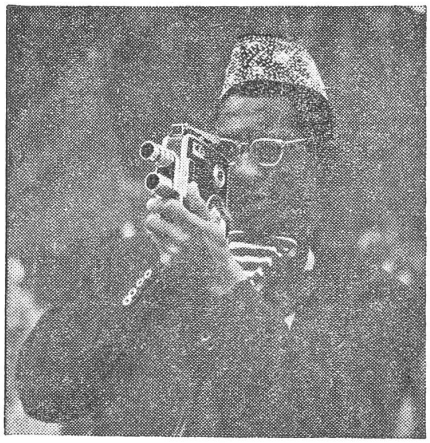
wir aufgefordert wurden, Delegierte zur Teilnahme am All-Afrikanischen Studentenkongress in Belgrad, vom 29. August bis zum 1. September 1962, zu senden. Die bulgarische Regierung bemängelte, dass es bis dahin noch keine All-Afrikanische Studenten-Union in Bulgarien gab.

Am Belgrader Kongress nahmen Delegierte von fast allen europäischen Ländern, in denen afrikanische Studenten studieren, teil. Auch wir entsandten eine Delegation. Insgesamt nahmen ungefähr 1000 Delegierte und Beobachter am Kongress teil. Unter den vielen Beschlüssen, die auf der Konferenz gefasst wurden, waren einmal der Beschluss, eine weltweite All-Afrikanische Studenten-Union mit Sitz in London und einem Zentrum in Prag zu gründen und zum anderen der Beschluss, an alle afrikanischen Studenten in allen Ländern zu appellieren, sie sollten gemeinsam für eine afrikanische Einheit und Solidarität wirken.

Nach dem Kongress kamen Vertreter der verschiedenen nationalen afrikanischen Studentengruppen in Bulgarien zusammen und beschlossen als Reaktion auf unseren eigenen Wunsch, eine Studenten-Union in Bulgarien zu schaffen und auf den inspirierenden Aufruf zur afrikanischen Einheit und Solidarität, die All-Afrikanische Studenten-Union Bulgariens zu gründen. Innerhalb kurzer Zeit wurden die Statuten entworfen und am 10. Januar 1963 wurde die AASUB (All-Afrikanische Studenten-Union Bulgariens) formell gegründet. Mit der Durchführung der Wahlen in das Exekutivkomitee nahm sie ihre Tätigkeit auf.

In der Union waren Studenten aus 21 afrikanischen Ländern, die in Sofia studierten, vertreten. Leider konnten sich die sudanesischen Studenten nicht entschliessen, der Union beizutreten, da sie es untragbar fanden, eine Satzungsbestimmung der AASUB anzuerkennen, wonach die Mitgliedschaft in der AASUB unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in einer ähnlichen ausländischen Studentenorganisation in Bulgarien.

Am 12. Januar 1963 wurde unser Präsident in das bulgarische Kultusministerium beordert, wo man ihn aufforderte, die Union aufzulösen, da ihr Bestehen «gegen fundamentale Prinzipien der bulgarischen Regierung» verstosse, und ihm mitteilte, dass die Regierung nur bereit sei, mit afrikanischen Studenten getrennt zu verhandeln, das heisst nur auf nationaler



In Ostberlin: Er filmt, was er sieht. Vermag er aber hinter die Kulissen zu schauen?

In Prag: Ein skeptischer Blick für die propagierte Toleranz.

Ebene, nicht aber mit dem Verband der AASUB. Da dieser Befehl der vorangegangenen offenen Ermunterung, eine Union zu gründen, widersprach, entschloss sich die Union, die Mitglieder ihres 21 afrikanischen Länder repräsentierenden Präsidiums zum bulgarischen Ministerpräsidenten zu entsenden. In Abwesenheit des Regierungschefs wurde die Delegation vom stellvertretenden Ministerpräsidenten empfangen, der den Befehl des Kultusministeriums an den Präsidenten der AASUB bestätigte. Daraufhin erinnerten wir den stellvertretenden Ministerpräsidenten an die Existenz der Arabischen Studenten-Union von Bulgarien und forderten das gleiche Recht für die afrikanischen Studenten. Der stellvertretende Ministerpräsident jedoch rechtfertigte das Bestehen der Arabischen Studenten-Union mit dem Hinweis, dass die Araber eine Nation seien, das heisst eine ethnische Gruppe. Wir hingegen wiesen darauf hin, dass die Araber, selbst wenn sie eine Nation seien, aus verschiedenen arabischen Ländern mit verschiedenen Ideologien kommen, so wie wir Afrikaner aus vielen Stämmen und aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Ideologien kämen. Wir erklärten auch, dass die Absicht der Regierung, mit uns getrennt und auf nationaler Basis verhandeln zu wollen, nach der «divide-et-impera»-Taktik unseres gemeinsamen imperialistischen Gegners rieche. Diese Aussprache jedoch vermochte die Haltung der bulgarischen Regierung unserer Union gegenüber nicht zu ändern.

Nachdem unsere Delegation von dem ergebnislosen Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten zurückkehrte, sandte die Union eine Resolution an die bulgarische Regierung, um gegen die negative Einstellung des stellvertretenden Ministerpräsidenten gegenüber unserem Verband zu protestieren. Diese Resolution enthielt die folgenden wesentlichen Punkte, mit denen wir unser Recht auf die Existenz der AASUB unterstrichen:

1. die Tatsache, dass alle Länder, in denen afrikanische Studenten studieren, die Gründung einer Organisation wie der unsrigen gestatten;

2. die Tatsache, dass es solche Verbände in anderen sozialistischen Ländern gäbe;

3. die Tatsache, dass uns die Regierung ursprünglich zur Gründung der AASUB ermutigte;

4. die Tatsache, dass die Regierung das Bestehen der All-Arabischen Studenten-Union Bulgariens gestatte.

Daraufhin folgte von seiten der Regierung eine Kampagne der Einschüchterung und Hetze gegen afrikanische Studenten. Einzelne Afrikaner wurden in das Kultusministerium beordert und mit der Deportation bedroht, falls sie weiterhin der AASUB angehörten. Neben diesen Drohungen häuften sich von der Regierung inspirierte Zwischenfälle gegen afrikanische Studenten in Hotels, Restaurants, Instituten, öffentlichen Plätzen usw.

Die Union erwiderte diese Kampagne der Einschüchterung und Hetze, indem sie eine Erklärung ihrer guten und friedlichen Absichten an die bulgarische Regierung sandte. In dieser Erklärung bestätigte die Union, dass sie nichts anderes wolle, als

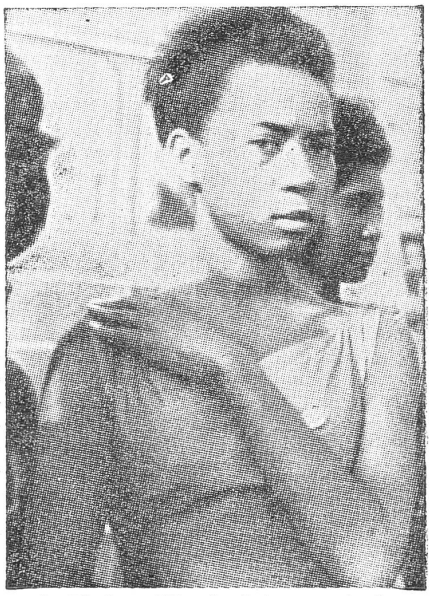
1. für das allgemeine Wohlergehen der afrikanischen Studenten zu sorgen;

2. die Beziehungen zwischen den afrikanischen Studenten und der Bevölkerung zu verbessern und so die Grundlage für eine wahre bulgarisch-afrikanische Freundschaft zu legen;

3. Bande der Freundschaft, Einigkeit und Solidarität unter den afrikanischen Studenten in Bulgarien zu knüpfen.

Die Erklärung bekundete auch unsere Absicht, keinerlei subversive Tätigkeiten gegen die bulgarische Regierung zu unternehmen.

Die Antwort der Regierung auf diese Erklärung war die Relegierung unseres Präsidenten von der Universität Sofia, mit der Begründung, dass er die Vorlesungen nicht regelmässig besucht und seine Semesterexamina nicht absolviert habe. Unmittelbar darauf sandte die Union eine Delegation mit dem Präsidenten an der Spitze in die Universität, um sich der wahren Gründe zu vergewissern. In der Universität fand eine Sitzung mit dem stellvertretenden Dekan und mit dem Sekretär der philosophischen Fakultät statt, auf der sich herausstellte, dass das Studienbuch unseres Präsidenten von allen seinen Professoren und Dozenten testiert war, der Beweis dafür, dass er regelmässig an allen Vorlesungen teilgenommen hatte. Es stellte sich ebenfalls heraus, dass die Universität unseren Präsidenten mit Rücksicht auf seine vorangegangene Ausbildung vom Belegen einiger obligatorischer Vorlesungen befreit hatte und dass man ihm, als erstsemestrigem Philosophiestudenten, gestattet hatte, wegen seiner schlechten Gesundheit und seiner Sprachschwierigkeit, drei andere Vorlesungen erst im nächsten akademischen Jahr zu belegen. Schliesslich stellte sich heraus, dass unser Präsident nur ein Examen am Ende seines ersten Semesters zu absolvie-



In Moskau: Was darf sie erwarten?

ren hatte, nämlich in «Weltgeschichte». Das ganze Semester über gab es jedoch in den Buchhandlungen Sofias kaum Lehrbücher für Weltgeschichte (wie auch Lehrbücher für alle anderen Gebiet kaum jemals zu haben sind). Der stellvertretende Dekan und der Sekretär der philosophischen Fakultät gaben sich mit den Auskünften unseres Präsidenten zufrieden und baten ihn, diese niederzuschreiben, damit sie dem Kanzler der Universität zur Ueberprüfung seines Falles zugestellt werden könnten. Während unser Präsident seine Erklärung niederschrieb, telephonierte der stellvertretende Dekan in seiner Anwesenheit mit dem Kultusministerium und teilte dem Genossen Dimitroff, dem verantwortlichen Beamten des Ministeriums für die ausländischen Studenten, mit, es habe den Anschein, «man habe etwas voreilig gegen den Präsidenten gehandelt, ohne einen berechtigten Grund zu haben». Unser Präsident beendete seine Eingabe und wurde aufgefordert, am nächsen Tag, dem 9. Februar, die Antwort des Kanzlers abzuholen.

Am folgenden Tag, ehe unser Präsident zur Universität gehen konnte, um die versprochene Antwort in Empfang zu nehmen, erhielt er einen Befehl des Kultusministeriums, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass er von der Universität relegiert sei und das Land bis zum Abend desselben Tages zu verlassen habe. Sofort entsandte die Union eine Delegation zum Kultusminister, um ihm die Tatsachen im Fall unseres Präsidenten zu unterbreiten und ihn zu bitten, den Befehl der Landesverweisung zurückzuziehen. Gleichzeitig bat ihn die Delegation, die Einstellung der Regierung zu unserer Union abzuklären. Der Minister bestritt, von dem Befehl der Landesverweisung für unseren Präsidenten zu wissen, obwohl zuvor eine Kabinetts-Sitzung stattgefunden hatte, während der der Fall unseres Präsidenten erörtert worden war. Schliesslich sagte uns der Minister zu, etwa zwei Stunden später eine umfassende Antwort geben zu können.

Die Delegation kehrte zur Berichterstattung in das Studentenheim zurück. Während des Berichts erreichte uns ein Telephonanruf des Ministeriums, in dem der Ausweisungsbefehl bestätigt und uns mitgeteilt wurde, dass der Minister mit der Union nichts mehr zu tun haben wolle, bis der Präsident das Land verlassen habe. Diese Nachricht aus dem Ministerium erschütterte die afrikanischen Studenten sehr und brachte sie zu dem Entschluss, dass diese von oben gelenkte Aktion der bulgarischen Regierung in der Tat ein Akt der Einschüchterung und Hetze gegen die AASUB sei und dass alle afrikanischen Studenten mit dem Präsidenten das Land verlassen würden, wenn man ihn aus dem Lande jage, da die AASUB kein persönliches Eigentum des Präsidenten der Union sei. So forderten alle afrikanischen Studenten an diesem Samstag um 14.30 Uhr ein Zusammentreffen mit dem Ministerpräsidenten, um ihn zu bitten, in diesem Falle zu intervenieren. Da der Ministerpräsident abwesend war, wurden wir vom Ersten Sekretär des bulgarischen Komsomol empfangen, der uns versprach, für den folgenden Montag, dem 11. Februar, um 10 Uhr, einen Termin mit dem Ministerpräsidenten zu vereinbaren. Er teilte uns mit, dass der Befehl zur Ausweisung unseres Präsidenten bis zur endgültigen Entscheidung des Ministerpräsidenten am Montag zurückgezogen sei.

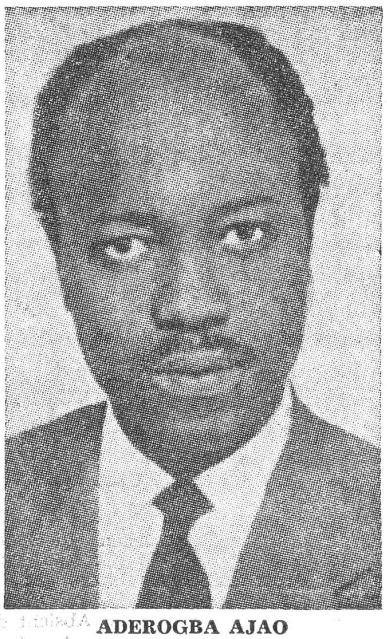
Zum vereinbarten Zeitpunkt, am Montag, dem 11. Februar, erschien unsere Delegation beim Ministerrat, um den Premierminister zu sprechen. Man sagte unserer Delegation, sie solle etwas warten, bis der Ministerpräsident bereit sei, sie zu empfangen. Nach fünf Stunden Wartezeit wurde unsere Delegation benachrichtigt, dass der Ministerpräsident nicht in der Lage sei, sie zu empfangen.

Während die Delegation der Union berichtete, erschien der Kommandant der bulgarischen Polizeitruppen, General Georgieff, um die Union zu warnen, keinerlei Demonstrationen durchzuführen, da diese ein Verbrechen seien, das nach bulgarischem Recht mit Gefängnis von drei bis fünfzehn Jahren bestraft werden könne. Wir versicherten General Georgieff, dass die afrikanischen Studenten die bulgarischen Gesetze respektieren und beachten würden, und baten ihn, sein Möglichstes zu tun, um ein Zusammentreffen zwischen der Union und dem Ministerpräsidenten zu arrangieren, da — wie sich herausgestellt hatte — uns der Komsomol betrogen hatte. General Georgieff konnte uns aber nur ein sehr vages Versprechen geben. Daraufhin entfesselte die bulgarische Regierung eine regelrechte Terroraktion gegen uns. Gegen 19 Uhr (Montag, den 11. Februar) verschwand auf geheimnisvolle Weise der Finanzsekretär der Union. Wir entsandten eine Abordnung zur Polizei, um die Gründe für sein Verschwinden herauszufinden. Die Polizei erklärte, er sei verhaftet worden, ohne Angabe von Gründen; sein Fall müsste noch untersucht werden. In den frühen Morgenstunden des Dienstags, den 12. Februar, (gegen 3.45 Uhr) schwärmten vor dem Studentenheim etwa 100 Polizisten mit elf Mannschaftswagen und einem Camion aus. Es gelang ihnen, zwei Vorstandsmitglieder, den Schatzmeister und einen Vorstandssekretär, zu verhaften. Glücklicherweise schlugen einige Afrikaner Alarm, nachdem die Polizei unsere zwei Kameraden aus ihren Zimmern gezerrt hatte. Die Polizei musste ihre Verhaftungen unterbrechen. Nur der Alarm bewahrte die anderen Vorstandsmitglieder vor der Verhaftung. Alle Afrikaner stürmten aus ihren Zimmern und beschlossen auf einer ad-hoc-Versammlung, diesem Treiben ein Ende zu machen. Da durch die feindlichen Aktionen der bulgarischen Regierung und die unfreundliche Einstellung seitens der bulgarischen Bevölkerung unser Leben in ständiger Gefahr war, beschlossen wir, morgens um 8 Uhr gemeinsam — und nicht einzeln, um zu verhindern, dass wir nacheinander von der Polizei verhaftet würden — zum Regierungsgebäude zu gehen, um die Freilassung unserer Kameraden zu fordern und mit ihnen wieder nach Afrika zurückzukehren.

Gegen 8.30 Uhr, mit all unserem Gepäck unterwegs zum Regierungsgebäude, kamen uns unzählige Polizisten mit Mannschaftswagen und Camions entgegen und begannen, mit Gummiknüppeln, Pistolen und Stöcken erbarmungslos auf uns einzuschlagen und sich unserem friedlichen Exodus aus Bulgarien entgegenzustellen. Viele Studenten, darunter auch Mädchen, wurden schwer verletzt. Es kam zu Massenverhaftungen.

Nach unserer Verhaftung wurden wir, die wir nun diesen Bericht verfassen, zur Polizeiwache und von dort zum Gefängnis transportiert, wo man uns stundenlang und ununterbrochen verhörte. Am folgenden Tag, Mittwoch, dem 13. Februar, brachte man uns, ohne dass wir unsere persönliche Habe und unsere Pässe mitnehmen durften, heimlich zum Sofioter Flughafen und direkt aus den Autos an Bord zweier Maschinen mit uns unbekanntem Bestimmungsort.

Um 9.30 Uhr (ungarischer Zeit) landeten wir in Budapest. Vom Flughafen aus unternahmen wir mehrere Versuche, mit dem ghanaischen Botschafter in Ungarn zu telephonieren, aber ohne jeden Erfolg. Von Budapest aus erreichten wir Prag um 15.30 Uhr (Ortszeit). Dort versuchten wir ebenfalls, telephonisch mit den Botschaftern Guineas, Ghanas, Malis oder Aethiopiens verbunden zu werden, aber die Flughafenbehörden weigerten sich, unserem Wunsch zu entsprechen. Glücklicherweise kam nach etwa drei Stunden der Kulturattaché der guineischen Botschaft in Prag zum Flughafen, da die



ADEROGBA AJAO

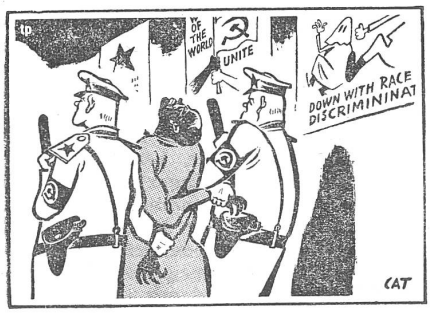
ist Nigerier, ein Patriot und ein Nationalist, der im Westen viele Enttäuschungen erlebt hatte, aber auch aus eigener Erfahrung weiss, was Kommunismus ist. Als Sohn des Häuptlings Ajao wurde Aderogba zunächst von seinem Vater nach Schottland zum Studium geschickt. Später, während eines Aufenthaltes in Westdeutschland, wollte er einen Abstecher nach Berlin machen. Die sowjetzonale Grenzpolizei holte ihn «wegen Visumfragen» aus dem Zug. Sechs Jahre blieb er in der SBZ — gegen seinen Willen —, erst in Lagern, dann in Dresden und Leipzig. 1958 erhielt er die Erlaubnis, in Ostberlin zu studieren. Von dort flüchtete er in den Westen und kehrte verbittert und enttäuscht in seine Heimat zurück. Kürzlich hat er in London ein Buch veröffentlicht, in dem er seine Erlebnisse niedergeschrieben hat: «On the Tiger's Back» (Auf dem Rükken des Tigers). Die «Lagos Daily Times» urteilte über dieses Buch, es sollte von jedem schriftkundigen Nigerier gelesen werden.

Botschaft zufällig von unserem dortigen Aufenthalt erfahren hatte. Später traf der guineische Botschafter selbst auf dem Flughafen ein und sorgte für unsere Freilassung aus der ungesetzlichen Haft und für unsere Unterbringung im Prager Hotel «International».

Zu diesem Zeitpunkt ist uns das Schicksal aller Afrikaner in Sofia, der Verhafteten wie der Nichtverhafteten, unbekannt. Aber wenn wir nach unseren eigenen jüngsten Erfahrungen und nach der vorherrschenden Atmosphäre in Sofia urteilen, können wir nur zum Schluss kommen, dass unsere Brüder und Schwestern durch eine wahre Hölle gehen: Verhaftungen, Schläge, Deportationen und — und wer weiss es — sogar Erschiessungen.

Wir appellieren deshalb an die verschiedenen afrikanischen Regierungen bzw. an ihre Botschaften, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und zu verhindern, dass die gegenwärtigen Greueltaten und Akte der Unmenschlichkeit gegen afrikanische Studenten in Sofia fortgesetzt werden.

Wir, die Verfasser dieses Berichtes, erklären schliesslich, dass es unser einziges Verbrechen war, dass wir afrikanische



Studium in Sofia

Studenten in Bulgarien versucht haben, eine All-Afrikanische Studenten-Union zu gründen, die sich um das allgemeine Wohlergehen der afrikanischen Studenten in Bulgarien kümmern, die Beziehungen zwischen uns und den Bulgaren verbessern und Bande der Freundschaft, Einigkeit und Solidarität unter den afrikanischen Studenten in Bulgarien knüpfen sollte. Dafür, und nur dafür, sind wir in den Augen der bulgarischen Regierung verurteilt.

Gezeichnet am 14. Februar 1963

Tetteh Tawiah (Ghana),
Präsident der AASUB

Mezqebon G. Amlak (Aethiopien),
Vizepräsident der AASUB

Daniel E. Ofarn (Nigeria),
Schatzmeister der AASUB

Ako Mathieu (Togo),
Vize-Generalsekretär der AASUB

Anhang

(der Autoren des Berichts)

In unserem vorstehenden dokumentarischen Bericht über die Ereignisse, die zur Gründung der AASUB führten und zu unserer gewaltsamen Deportation aus Sofia, erwähnten wir im ersten und zweiten Abschnitt die «Missverständnisse zwischen den afrikanischen Studenten und der örtlichen Bevölkerung» und «die unerfreulichen Vorkommnisse», die gegen die afrikanischen Studenten in Bulgarien gerichtet waren.

Für diejenigen, die sich fragen, welcher Art die «unerfreulichen Vorkommnisse» und «Missverständnisse» waren, seien hier einige Tatsachen aufgezählt.

Diese Vorfälle waren Akte rassischer Diskriminierung. Nachdem immer mehr afrikanische Studenten in Sofia eingetroffen waren, wurden die angebliche Liebe und Freundschaft des bulgarischen Volkes durch den natürlichen bulgarischen Rassismus und Faschismus in allen ihren primitiven balkanischen Formen ersetzt. Sie nahmen folgende Ausmasse an:

a) Tägliche Verprügelungen von Afrikanern durch Bulgaren, bei Tag und Nacht, in den Restaurants und auf den Strassen, mit dem Einverständnis der bulgarischen Polizei.

b) Afrikanische Studenten wurden von Bulgaren bespuckt und mit Steinen beworfen.

c) Belästigung, Einschüchterung und Prügel für die Freundinnen der afrikanischen Studenten seitens der Polizei und der bulgarischen Bevölkerung.

d) Schimpfworte und Schmähungen für Afrikaner und alle Arten von Taten und Worten, die darauf abgezielt waren, die afrikanische Rasse zu erniedrigen und zu schmähen.

e) Die Verbindungen zwischen afrikanischen Studenten und bulgarischen Mädchen wurden generell verurteilt, und die Bevölkerung scheute keine Bemühungen, auch Handgreiflichkeiten nicht, diese Verbindungen zu lösen.

f) Die Verweigerung des Zutritts zu gewissen Restaurants für Afrikaner.

g) Diskriminierende Verhaltensweisen der Professoren, der Universitäts- und Erziehungsbehörden den afrikanischen Studenten gegenüber.

h) Die Absonderung aller afrikanischer Studenten in einem Gebäude des Studentendorfes.

i) Die Errichtung eines speziellen Restaurants und einer Café-Bar im selben Gebäude, in dem wir wohnten, um zu verhindern, dass wir in die Stadt gingen; die offene Diskriminierung in den Restaurants und Cafés der Stadt, um sicher zu sein, dass wir nur unser Restaurant im Studentenheim benutzten. Diese Massnahme sollte natürlich dafür sorgen, dass wir uns nicht mit den «weissen» Bulgaren in der Stadt vermischten.

j) Die boshafte Kampagne, die von der bulgarischen Liga der Jungkommunisten — einem Organ der Partei — angezettelt wurde und behauptete, dass die afrikanischen Studenten an unheilbaren Geschlechtskrankheiten litten, trotz der Tatsache, dass wir alle im Besitz von internationalen Gesundheitspässen sind und medizinisch untersucht und für gesund

«So befriedet könnte die ganze Welt sein!»

befunden worden waren, sofort nach unserer Ankunft in Bulgarien. Die Kampagne hatte das Ziel, alle Kontakte zwischen afrikanischen Studenten und bulgarischen Mädchen zu verhindern.

k) Die Verhetzung und das plötzliche Verschwinden bulgarischer Mädchen, die mit afrikanischen Studenten befreundet waren.

l) Die Weigerung, die afrikanischen Studenten das Schwimmbad des Studentendorfes benutzen zu lassen.

m) Wir waren oft regelrecht Gefangene, weil unsere bulgarischen Besucher streng registriert wurden, bevor sie uns sehen konnten. Dieser Massnahme folgten gewöhnlich Verhöre, Belästigungen und sogar Verhaftungen der Besucher.

n) Die grundsätzliche Verachtung der Bulgaren gegenüber den Afrikanern, die sich während des Zwischenfalls von Tsutsuliga zeigte, als der ghanaische Botschafter in Sofia mit vorgehaltener Pistole aus dem Studentendorf gejagt wurde und ihm jeder Kontakt mit bulgarischen Ministern verweigert wurde.

Die Tatsachen, warum die bulgarische Regierung die AASUB auflösen wollte, nachdem sie deren Gründung anfänglich ermutigt hatte, sind folgende:

Von Anfang an war die bulgarische Regierung nicht daran interessiert, eine wirkliche afrikanische Studenten-Union zu dulden; sie wollte eine Organisation haben, die sie beeinflussen und kontrollieren konnte. Eine fügsame Organisation, die nicht in der Lage gewesen wäre, sich für die wahren Interessen der afrikanischen Studenten in Bulgarien einzusetzen. Es war die Absicht der Regierung, die Union mit Hilfe der afrikanischen politischen Flüchtlinge, die in Bulgarien studieren, zu beeinflussen und zu kontrollieren, zusammen mit einigen anderen rückgratlosen und verräterischen Afrikanern, die keine Skrupel hatten, ihr afrikanisches Erstgeburtsrecht gegen einige bulgarische Levas im Monat zu verkaufen. Jedenfalls entwickelten sich die Dinge nicht so, wie es die Regierung erwartete. Denn bei den Wahlen in das Exekutiv-Komitee der Union wurden die Strohmänner der Regierung rundum geschlagen. Die Regierung sah sich daher der unangenehmen Aussicht gegenüber, mit einer aufrichtigen und echten afrikanischen Studenten-Union arbeiten zu müssen. Und dies war der Ursprung aller unserer späteren Klagen.

Der Schnappschuss

Walter Ulbricht, der Erste Sekretär der ostdeutschen SED und Vorsitzende des «Staatsrates der DDR», ist inzwischen zum 5000. Male Patenonkel in einer Arbeiterfamilie mit mehr als vier Kindern geworden. Für diese «Ehrung» bedankte er sich mit einem gedruckten Glückwunschformular, auf dem das Staatswappen der SBZ eingeprägt ist. Der glücklichen Mutter seines 5000. Patenkindes liess er ein Blumengebinde übersenden.

*

Zwei sowjetzonale Grenzpolizisten unterhielten sich an der Mauer: «Manchmal kommt man sich hier vor wie ein Zuchthausaufseher», meinte der eine. — «Ein Zuchthausaufseher hat es viel leichter als wir», antwortete der andere, «wenn er jemanden bei einem Fluchtversuch erwischt, hat er wenigstens das Gefühl, auf einen Verbrecher zu schiessen ...!»